

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer EntschlieÙung

Rassistische Hetze darf keine Räume schließen – Solidarität für EOTO und die Volksbühne!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus verurteilt die rassistische Kampagne und die Bedrohungen gegen Each One Teach One (EOTO) e. V., die dazu geführt haben, dass ein geplanter Feriennachmittag für Schwarze Kinder und Jugendliche im Volksbad an der Volksbühne aus Sicherheitsgründen abgesagt werden musste. Wenn rassistische Drohungen darüber entscheiden, welche Kinder in Berlin schwimmen gehen können, haben die Falschen gewonnen. Das darf Berlin nicht hinnehmen.

Das Abgeordnetenhaus steht solidarisch an der Seite von EOTO, der Schwarzen Community und der Volksbühne. EOTO hat als Verein einen Zeitslot im Schwimmbad für seine Mitglieder gebucht und damit ein Recht wahrgenommen, das auch alle anderen Vereine haben. Wer dem Verein dieses Recht streitig macht, nur weil es ein Verein für Schwarze Berliner*innen ist, der handelt rassistisch und menschenfeindlich. Dass der Kultursenator diese Kampagne rechter Medien und Agitatoren mitgemacht hat, anstatt sich klar hinter EOTO und die Volksbühne zu stellen, ist eine Schande für das weltoffene Berlin.

Wer Angebote für rassismusbetroffene Menschen zur „Diskriminierung der Mehrheit“ umdeutet, leistet rassistischer Mobilisierung Vorschub.

Der Senat wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit EOTO und der Volksbühne dafür zu sorgen, dass das Angebot sicher nachgeholt werden kann,
2. zivilgesellschaftliche Organisationen und öffentliche Einrichtungen bei rassistischen Bedrohungen wirksam zu unterstützen und zu schützen,

3. öffentliche Einrichtungen zu bestärken, das LADG umzusetzen,
4. Schutz- und Empowermenträume für Schwarze Menschen und andere von Rassismus betroffene Gruppen nachhaltig zu sichern und
5. sich der politischen Normalisierung rechter Deutungsmuster über Antidiskriminierungs- und Empowermentarbeit entschieden entgegenzustellen und anti-Schwarzen Rassismus deutlich zu benennen und zu bekämpfen.

Rassistische Mobilisierung darf nicht darüber entscheiden, welche Räume Schwarze Menschen in Berlin nutzen können.

Begründung

Für den 14. August 2026 war im Volksbad an der Volksbühne eine Veranstaltung von Each One Teach One (EOTO) e. V. für Schwarze Kinder und Jugendliche geplant. Nach einer öffentlichen Skandalisierung als vermeintliche „Diskriminierung gegen Weiße“ waren EOTO und die Veranstaltung massiven rassistischen Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt. Aus Sicherheitsgründen musste die Veranstaltung schließlich abgesagt werden.

Dieser Vorgang zeigt, welche konkreten Folgen rassistische Mobilisierung haben kann: Ein Angebot für Kinder und Jugendliche findet nicht statt, weil die Sicherheit der Teilnehmenden nicht mehr gewährleistet werden kann. Besonders problematisch ist, wenn politische Akteur*innen Deutungsmuster übernehmen, die Maßnahmen gegen bestehende Diskriminierung ihrerseits als Diskriminierung der Mehrheit darstellen und damit rechte Kampagnen verstärken.

Schutz- und Empowermenträume sind ein wichtiger Bestandteil wirksamer Antidiskriminierungsarbeit. Sie ermöglichen Menschen, die Rassismus erfahren, Austausch, Selbstorganisation und Teilhabe. Sie gegen rassistische Einschüchterungsversuche zu verteidigen, ist Aufgabe einer demokratischen Stadtgesellschaft.

Rassistische Einschüchterung darf in Berlin nicht erfolgreich sein. Deshalb muss das abgesagte Angebot nachgeholt werden. EOTO und andere von rassistischen Bedrohungen betroffene Organisationen brauchen die Solidarität und den wirksamen Schutz des Landes.

Berlin, den 18. August 2026

Jarasch Graf Bozkurt Walter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen